

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeile)

FRANZ GEORG MAIER
DIR. SCHM. LANDESBIBL.
HALLMYLSTRASSE 15
3005 BERN

FDP: Gestärkte bürgerliche Kraft



Vier Sitzgewinne in der Kantonen Luzern, Genf Neuenburg und Nidwalden, drei Verluste in der Kantonen Zürich, Jura und Baselland: So lautet die Bilanz der FDP der Schweiz bei den eidgenössischen Wahlen 1995. Damit geht die FDP-Nationalratsfraktion um einen Sitz gestärkt in die nächste Legislatur. Sie bleibt die stärkste Fraktion der Bundesversammlung und klar die stärkste Kraft der bürgerlichen Mehrheit.

Die eidgenössischen Wahlen 1995 haben den Bundesratsparteien Erfolge gebracht.

AMK. Die Ergebnisse der eidgenössischen Wahlen 1995 zeigen, dass die Auseinandersetzung um die künftigen Schwerpunkte der schweizerischen Politik noch stärker als bisher innerhalb der Regierungsparteien stattfinden wird. In dieser Auseinandersetzung wird die FDP ihre Führungsrolle als stärkste

bürgerliche Kraft wahrnehmen. Im Vordergrund stehen dabei die Sanierung der Bundesfinanzen, die Sicherung unserer Sozialwerke, die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Die eidgenössischen Wahlen 1995 haben gezeigt, dass das Schweizervolk der Zersplitterung der politischen Kräfte sowohl auf der linken wie auf der rechten Seite Einhalt geboten und damit den Bundesratsparteien sein Vertrauen ausgesprochen hat. So konnte denn auch die SP zulegen, wobei ihre Gewinne zu einem Teil auf Kosten der Grünen gehen. Im grossen und ganzen bleiben die Kräfteverhältnisse zwischen dem bürgerlichen Lager und der Linken gleich.

Mit Befriedigung kann die FDP feststellen, dass ihre Fraktion mehr freisinnige Frauen als bisher zählen wird.

Ein Sitz mehr



Die FDP geht um einen Sitz gestärkt aus den eidgenössischen Wahlen 1995. Mit insgesamt 45 Nationalratsmandaten kann sich die FDP-Bilanz sehen lassen. Leicht aber hätten es mehr sein können. – Lesen Sie ab Seite 5. (Photo Stahl)

Inhalt

- Drei Fragen an die «Neuen» stellen wir ab Seite 10
- Die «FDP-Frauenfraktion» ist erstärkt. Lesen Sie ab Seite 13
- Sparen: Die FDP sagt wo und wieviel ab Seite 15



Patriotismus wird grossgeschrieben

Über 260 politische Parteien, Bewegungen und Gruppierungen haben sich beim Justizministerium in Moskau für die Wahlen zur 450köpfigen Staatsduma, der russischen Volksvertretung, am 17. Dezember registrieren lassen. 42 haben dem Zentralen Wahlkomitee ihre endgültige Teilnahme zugesagt. Letztlich dürften es 8–10 Parteien sein, die zur Parlamentswahl, der zweiten Mehrparteienwahl seit dem Ableben der Sowjetunion im Dezember 1991, zugelassen werden.

◊ Jacques Baumgartner

Um als Partei, Bewegung oder Block zur Wahl zugelassen zu werden, müssen zweihunderttausend Unterschriften von Anhängern beigebracht werden. Das Wahlkomitee prüft die Unterschriften auf ihre Richtigkeit, befindet letztlich, wer zulassungswürdig ist.

Die ersten freien Parlamentswahlen in der Geschichte Russlands hatten am 12. Dezember 1993 stattgefunden. Es war ein doppelt historisches Datum gewesen. 55 Jahre zuvor hatten offiziell 99 Prozent der Bürger bei den Wahlen zum Oberster Sowjet genannten Pseudoparlament für die von Diktator Josef Stalin kommandierte Kommunistische Partei votiert. Die Wahlen vom Dezember 1993 endeten mit einem Schrecken für den Westen. Die damalige Regierungspartei stellte mit 94 Parlamentariern die stärkste Fraktion, gefolgt von den rechtsextremen sogenannten Liberaldemokraten von Wladimir Schirinowski mit 78, den Kommunisten mit 64 Vertretern und deren heimlichen Verbündeten, den 55 Kollektivbauern (Agrariern).

Der Ausgang der jetzigen Wahlen ist völlig offen, zumal Russlands Politik einem «orientalischen Basar» ähnelt. Einige Parteien und ihre Kandidaten haben Gewicht, sind auch im Westen bekannt. Ministerpräsident Wiktor Tschernomyrdin hat eine eigene Partei gegründet, Unser Zuhause ist Russland. Aleksandr Lebed, Russlands bekanntester «Soldat», kandidiert für den Kongress der russischen Gemeinschaften.

Iwan Rybkin, der Parlamentspräsident, bewirbt sich für seinen eigenen Block, den Iwan-Rybkin-Block...

Augenfällig ist, dass nahezu jeder Partei, jedem Block ein Militär angehört. Verteidigungsminister Pawel Gratschow «kommandierte» 123 Offiziere, darunter 23 Generäle, als Kandidaten ab. Absicht der Militärs scheint es zu sein, im neuen Parlament über mehr Gewicht durch eigene, verlässliche Leute zu verfügen. Bei den Wahlen 1993 gaben zwei Drittel der wählenden Armeeehörigen ihre Stimme Schirinowski.

«Soldaten-Kandidaten»

Mit der Aufstellung von «Soldaten-Kandidaten» dürften die Parteien ihren Wählern auch signalisieren, dass sie die Sehnsucht des Volkes nach einer Rückkehr zu stabilen Verhältnissen zu Recht und Ordnung teilten. Die Parade der prominentesten Generäle:

■ Aleksandr Lebed, vormalig Kommandant der 14. Armee in Moldawien, Nr. 2 auf der Liste des Kongresses der russischen Gemeinschaften von Juri Skokow, dem vormaligen Chef des Sicherheitsrates von Präsident Boris Jelzin.

■ Aleksandr Rutskoi, früherer Vizepräsident, dann Rebell gegen Jelzin. Derschawa nennt sich seine Partei, womit Anspruch auf eine gebiets- und bevölkerungsmässig sowie militärisch grosse Macht erhoben wird.

■ Boris Gromow tritt mit Mein Vaterland an. Er befahl die sowjetischen Invasionstruppen in Afghanistan.

■ Die Kommunistische Partei setzt auf Walentin Warennikow,

ehemaliger Befehlshaber der sowjetischen Landstreitkräfte und Mitputschist im August 1991 gegen Partei- und Staatschef Michail Gorbatschew.

■ Jewgeni Podcholzin kommandiert die Fallschirmjägertruppen und steht für Mein Heimatland.

■ Der Ex-Vize-Verteidigungsminister Edward Worobew hat sich für Russlands Demokratische Wahl entschieden.

■ Tschetschenien-Kriegskommandant Lew Rochlin kämpft für Unser Zuhause ist Russland, die Tschernomyrdin-Partei.

■ Die Vereinigten Patrioten schicken Wladislaw Achalow und Aleksandr Sterligow an die Wahlfront. Achalow liess im Januar 1991 in Vilnius (Wilna) auf Geheiss Gorbatschews das Fernsehgebäude erstürmen (14 Tote, 200 Verletzte), schloss sich 1993 der Rebellenregierung von Rutskoi an. Sterligow verdiente seine Sporen im Geheimdienst KGB ab.

■ Bewerber der Liberaldemokraten ist der wenig bekannte Militärhistoriker Wiktor Filatow. Die russische Armee zählt etwa 2300 Generäle.

Präsidentenwahlen

Lebed, Gromow und Rutskoi, möglicherweise aber auch Ministerpräsident Tschernomyrdin, dürften die Parlamentswahlen als Sprungbrett für die Präsidentenwahlen im Juni nächsten Jahres nutzen. In Umfragen führt heute schon in der Beliebtheit bei den russischen Bürgern Lebed mit 18 Prozent vor Ministerpräsident Tschernomyrdin (8), Schirinowski (3) und Jelzin (2).

Laut Lebed wird auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion «eine neue Union entstehen, ob es dem Westen passe oder nicht...». Der General, der sich 1991 gegen die konservativen Kreml-Putschisten stellte, befürchtet, Jelzin könnte einen «Vorwand provozieren», um die Präsidentenwahlen zu verhindern... Das ist durchaus denkbar. Der russische Präsident hat immer eine Überraschung

«parat». So erstaunte und verwirrte Jelzin, als er am 19. Oktober die Entlassung seines Aussenministers, Andrei Kosyrew, ankündigte, um später diese wieder rückgängig zu machen.

Härtere Aussenpolitik?

Den Nationalisten, Altkommunisten und Chauvinisten ist Kosyrew schon lange ein Dorn im Auge. Dass sich Jelzin seiner doch noch entledigt, ist möglich. Als mögliche Nachfolger von Kosyrew werden derzeit in Moskau Wladimir Lukin und Iwan Rybkin «gehandelt». Lukin ist Vorsitzender der Aussenpolitischen Kommission der Staatsduma. Wer auch immer auf Kosyrew folgt, er wird die Interessen Russlands in der Aussenpolitik härter vertreten.

Kosyrew versuchte, mit dem Westen zusammenzuarbeiten, zumindest anfänglich. Nationalisten, Kommunisten und Chauvinisten werfen ihm «Ausverkauf der russischen Interessen» vor. Kosyrew sei ein «Spion Washingtons und des Weltjudentums». Das frühere Leibblatt der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), «Prawda», stichelte, «er tut immer das, was die Kapitalisten an der Wall Street ihm befehlen». Der 44jährige Kosyrew ist seit Oktober 1990 im Amt und als Aussenminister dem Präsidenten direkt unterstellt. Er stand (steht?) bis hin zur Selbstverleugnung loyal zu Jelzin, machte alle seine Wendungen mit. Kosyrew arbeitete mit an den Dokumenten, die im Dezember 1991 das Ende der Sowjetunion und die Gründung der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) besiegelten. Kosyrew hatte im September Jelzin noch davor gewarnt, dass Russland eine Änderung der Aussenpolitik teuer zu stehen kommen könnte. Iwan Rybkin steht Jelzin nahe. Er hat die zerrissene Staatsduma derart durch die politischen Ereignisse und Stürme gesteuert, dass in den vergangenen zwei Jahren keine Situation eintreten konnte, in der Jelzin das Parlament hätte auflösen müssen.

Michael Burkard hätte gerne eine bürgerliche Stadt Bern

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf die neugeschaffene WTO und eine Weltwirtschaft, die sich von nationalen Interessen vollständig emanzipiert.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Neue Nationalismen und eine Politik, die sich über Erkenntnisse der Wissenschaft, insbesondere der Ökonomie, hinwegsetzt.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Eine der wichtigsten Errungenschaften scheint mir die Einführung des Geldes als allgemeines Zahlungsmittel zu sein. Für wahrhaft anachronistisch halte ich in der heutigen Zeit die lästigen Zollkontrollen.

KURZBIOGRAPHIE

Michael Burkard

Zur Person: Geboren 1966 in Meiringen BE, seither wohnhaft in der Stadt Bern.

Alter: 29.

Berufliche Stationen: 1994 Abschluss der rechtswissenschaftlichen Studien als Bernischer Fürsprecher, Uni Bern, seit August 1994 als juristischer Sekretär am Richteramt Biel tätig.

Politischer Werdegang: Seit 1985 aktives Engagement bei den Jungfreisinnigen der Stadt Bern in verschiedenen Funktionen, seit Sommer 1994 im Stadtrat, seit Anfang 1995 in der Geschäftsprüfungskommission (GPK).

Liebste Tätigkeit: Mit Freunden zusammensitzen, ein Bier trinken und über Gott und die Welt diskutieren. ■

Was lieben Sie an der Schweiz?

Das relativ geringe Mass an staatlicher Willkür.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Das Streben nach konkordanzverträglichen Lösungen, das den politischen Kampf oftmals zu einem abgekarteten Ritual erstarren lässt.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Das Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten zeigt, dass Begriffe wie Mehr- und Minderheiten und sogar Fortschritt heute relativ geworden sind.

Warum sind Sie bei der FDP?

In erster Linie bin ich beim Jungfreisinn, und dieser hat die Fähigkeit, politischer Humus zu sein und seine Leute darauf frei wachsen zu lassen.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Jacques Delors, weil er es schafft, eine Vision Gestalt werden zu lassen.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch kurze Rede.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Eine lebendige Demokratie ist darauf angewiesen, dass alle grösseren Bevölkerungsgruppen



Michael Burkard weiss Humor und Härte zu verbinden.

in den entscheidenden Gremien angemessen vertreten sind.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Persönliche Schwäche: Ungeduld. Persönliche Stärke: Humor und Härte.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Kuno Schedler: «Ansätze einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung». Daneben Kriminalromane, die mir gerade so in die Hände fallen.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Krafttraining, vor allem aber Gespräche führen mit Andersdenkenden.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Der Stadt Bern sofort zu einer starken bürgerlichen Mehrheit in Parlament und Exekutive verhelten.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Christoph Blocher, weil mir die Dämonisierung dieser Person in Presse und politischem Diskurs höchst ungesund erscheint. ■

Graubünden in der Weltwirtschaftskrise

Die Studie «Davos und Graubünden während der Weltwirtschaftskrise 1929–1939» befasst sich mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre auf die Beschäftigungslage und den Arbeitsmarkt bei Handwerk und Industrie im Kanton Graubünden und behandelt damit schwergewichtig zwei Aspekte, die in der bisherigen bündnerischen Literatur zum Thema kaum eine Rolle gespielt haben.

Peter Bollier untersucht in seiner Publikation* die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Arbeitsmarktlage, Bevölkerungsstruktur und Politik der Behörden zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen in erster Linie aus der Sicht der Arbeitnehmer.

Dabei sind ihm vor allem vier Problemkreise wichtig:

■ Wie wirkt sich die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1939

auf die Beschäftigungslage und die daraus folgende Arbeitslosigkeit aus?

■ Welche wirtschafts- und sozialpolitischen Massnahmen werden zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur Linderung der Not ergriffen? In diesem Zusammenhang interessiert v. a. auch das Zusammenspiel zwischen Gemeinden, Kanton und Bund.

■ Können Zusammenhänge zwischen Wirtschaftskrise und de-

mographischer Entwicklung sichtbar gemacht werden?

■ Inwiefern hat diese zehnjährige Phase den wirtschaftlichen und sozialen Wandel verlangsamt oder beschleunigt?

Das Thema der Untersuchung wird in unterschiedlicher Weise aus kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Warte abgehandelt, wobei Davos immer den Ausgangspunkt bildet. An diesem Beispiel werden Ausmass der Krise und die daraus entstehenden Probleme herausgearbeitet. Der Fremdenverkehrsort mit damals noch starker Landwirtschaft ist für den Gesamtkanton vielleicht repräsentativer als die Stadt Chur, wenn diese auch quantitativ am stärksten betroffen ist. Die bekannte regionale Differenzierung Graubündens



zeigt sich gerade auch bei diesem Thema: die verschiedenen Bezirke haben in den meisten Fällen mit ganz unterschiedlich gelagerten Problemen zu kämpfen. Dies belegt der Autor durch quantitative Aussagen. Trotzdem bestimmen letztlich die kantonalen Autoritäten den Kurs, der während der Krisenjahre gefahren wird.

* Peter Bollier: Davos und Graubünden während der Weltwirtschaftskrise 1929–1939. Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Quellen und Forschungen zur Bündner Geschichte, Bd. 4, herausgegeben vom Staatsarchiv Graubünden, 1995, 250 Seiten mit 11seitigem Abbildungsteil, Leinen mit Schutzumschlag, Fr. 45.–.

Verkehrsachsen sind Wohlstandsachsen

Die Verzögerungen beim Bau der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) erfüllen den Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr LITRA mit grosser Sorge. Wenn die Verzögerungen weiter andauern, dann muss gemäss LITRA damit gerechnet werden, dass die Schweiz den Anschluss an das europäische Schienennetz verpasst und indirekt beträchtliche Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr verliert. Dies geht unter anderem aus dem soeben erschienenen neusten LITRA-Jahresbericht 94/95 hervor, der wiederum eine Fülle von Informationen über das schweizerische Verkehrssystem enthält, worunter auch die jedes Jahr nachgeführte Chronik der schweizerischen Verkehrspolitik.

Unsere Vorfahren haben erkannt, dass Verkehrsachsen Wohlstandsachsen sind, hält die LITRA in ihrer Publikation* fest. Wer von den Alpenländern zuerst die neue Basislinie durch die Alpen baut und in Betrieb nimmt,

setzt die Preise, Bedingungen und Auflagen, hält die LITRA fest: «Wer zuerst kommt, mahlt zuerst», d. h. er zieht die europäischen Leitwege (Personen- und Güterverkehr) zu sich und verdient daran. Wer später kommt,

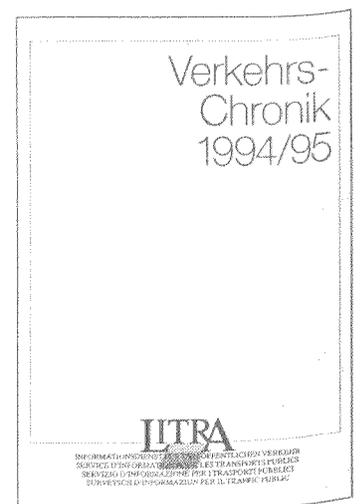
muss mit den Tarifen tauchen, um mitverdienen zu können, mit entsprechenden Verlusten. Der bis vor kurzem noch relativ deutlich vorhanden gewesene zeitliche Vorsprung der schweizerischen NEAT-Lösung auf die konkurrierenden Projekte am Mont-Cenis (Frankreich) und am Brenner (Österreich) werde von Tag zu Tag kleiner, heisst es im LITRA-Jahresbericht.

Die LITRA setzt denn auch Hoffnungen auf eine rasche Umsetzung der von der Arbeitsgruppe Finanzierung öffentlicher Verkehr vorgeschlagenen Sonderfinanzierung für die Grossprojekte im Verkehr.

Die LITRA-Publikation 94/95 enthält im übrigen wiederum eine Fülle von Informationen und Grafiken zum verkehrspolitischen Geschehen. Dazu gehört in erster Linie die Chronik über

die gesamte Verkehrspolitik, nachgeführt bis Ende Juli 1995, ein wertvolles Nachschlagewerk für alle, die am verkehrspolitischen Geschehen interessiert sind.

* Der LITRA-Jahresbericht 94/95 kann unter Tel. (031) 311 20 43 bestellt werden.



WAHLEN



ZÄHLEN



KOMMENTIEREN



Die spannungsreichen eidgenössischen Wahlen 1995 sind vorbei. Die FDP kann mit ihrem Ergebnis zufrieden sein. (Photos Keystone)

Gute FDP-Bilanz

Die FDP der Schweiz geht um einen Sitz gestärkt aus den eidgenössischen Wahlen 1995 hervor. Mit insgesamt 45 Nationalratsmandaten kann sich die FDP-Bilanz sehen lassen. Leicht aber hätten es mehr sein können. Besonders erfreulich sind die Sitzgewinne der FDP-Parlamentarierinnen.

AMK. Mit den Nationalrätinnen Käthi Bangerter BE, Dorle Vallender AR und Christine Egerszegi AG, mit den Ständerätinnen Erika Forster SG, Françoise Saudan GE und Helene Leumann LU ziehen neue FDP-Frauen ins Bundeshaus. Alle diese neu-

gewählten Parlamentarierinnen haben in den Kantonen einen soliden politischen Leistungsausweis vorzuweisen. Für ihre nationale Karriere darf einiges erwartet werden. Zählt man die acht Regierungsrätinnen dazu, welche die FDP in den Kantonen

Appenzell Ausserrhoden (zwei), Zug, Aargau, Jura, Tessin, Solothurn und Obwalden stellt, darf man feststellen, dass die freisinnigen Frauen ihre Position in der FDP gegenüber 1991 gestärkt haben.

Erfolge ziehen weitere Erfolge nach sich. Die FDP-Frauen werden in ihren Bemühungen jedenfalls nicht nachlassen. Angesichts des Stillstands oder gar der Rückschritte in der CVP und SVP wird die FDP für Frauen zur bürgerlichen Alternative.

Vier Gewinne, drei Verluste

In den Kantonen Nidwalden, Luzern, Genf und Neuenburg hat die FDP je einen Sitz gewonnen. Mit vier Sitzgewinnen wäre die FDP als strahlende Mitsiegerin dagestanden. Leider ging in den Kantonen Basel-Landschaft, Zürich und Jura je ein FDP-Sitz verloren. Diese Sitzverluste sind selbstverschuldet.

Im Kanton Basel-Landschaft konnten die Ereignisse rund um Christian Miesch nicht ohne Fol-

gen bleiben. Im Kanton Zürich war der nun verlorene siebte Sitz ein Restmandat, das durch die fehlende Listenverbindung mit der SVP nicht mehr gehalten werden konnte. Die Vorgänge rund um die jüngste Bundesratsersatzwahl mögen ausserdem eine Rolle gespielt haben. Im Kanton Jura fehlte bei den Freisinnigen nach dem Tod von Nationalrat Pierre Etique die überzeugende Persönlichkeit, die Wahllokomotive, die alle freisinnigen Kräfte zu mobilisieren wusste. Das Nachfolgeproblem ist so gravierend, dass selbst der Ständeratssitz verloren ging.

Im Gegensatz zur FDP hat die SP alle Möglichkeiten, welche Listenverbindungen bieten, voll ausgeschöpft. Am augenfälligsten ist dies im Kanton Basel-Stadt: Dort gewann die SP dank dieser Strategie ganze zwei Sitze. – Die FDP wird diesbezüglich moralische Skrupel überdenken müssen.

Stabilität

Mit nunmehr 45 Sitzen hat die FDP ihr Potential schweizerisch gut, jedoch nicht voll ausgeschöpft. Dennoch zeigt sich im Vierjahresvergleich auch innerhalb der FDP eine grosse Stabilität: 1971 betrug die Sitzzahl 49, 1975 47, dann kam ein Zwischen-

hoch mit 1979 51, 1983 54 und 1987 wiederum 51 Sitzen, das 1991 mit viel Proporzpech auf 44 Sitze sank.

Vergleicht man die Blöcke nach dem groben links-rechts-Schema, so sticht auch hier die Stabilität hervor. Im alten Parlament konnte die Linke (LdU und EVP sind hier gemäss Stimmverhalten mitgezählt) auf 68 Stimmen zählen; neu sind es fünf mehr. Die bürgerliche Mehrheit beträgt 1995 noch immer 127 Sitze. Damit sollte sich doch – allen Unwägbarkeiten zum Trotz – eine gute, bürgerliche Politik machen lassen. ■

Freisinnigste Stadt der Schweiz

62,2 Prozent aller Listenstimmen allein für die Freisinnigen: Das ist die stolze Bilanz der Freisinnig-Demokratischen Partei von Martigny VS bei den eidgenössischen Wahlen 1995. Damit ist Martigny die freisinnigste Stadt der Schweiz. Von total 4050 Listenstimmen erhielten die FDP 2519, die CVP 827 (20,42 Prozent), Diverse 704 (17,38 Prozent). ■

STANDPUNKT

Nach der Nostalgiewahl



Im Endergebnis der Nationalratswahlen kommt eine deutliche Furcht vor dem Verlust altvertrauter Zustände und Gewohnheiten zum Ausdruck. Die grössten Gewinne verzeichnen jene zwei Gruppierungen, die sich vehement für den Status quo eingesetzt haben.

Trotz der beängstigend wachsenden Staatsverschuldung und der Defizitwirtschaft führten die Sozialdemokraten den Wahlkampf im Stil der Hochkonjunktur mit stets neuen Forderungen, die – würden sie erfüllt – in der nächsten Legislatur zwanzig Milliarden Franken erforderten. Der Blocher-Flügel der SVP antwortet auf die dramatische Umstrukturierung der Welt (Untergang des Kommunismus, Zusammenschluss Westeuropas, weltwirtschaftliche Polarisierung Europa - Nordamerika - Ferner Osten) und auf die gesellschaftlichen Veränderungen (Drogen, Familienpolitik) mit Igelmentalität und Verschiessen der Augen.

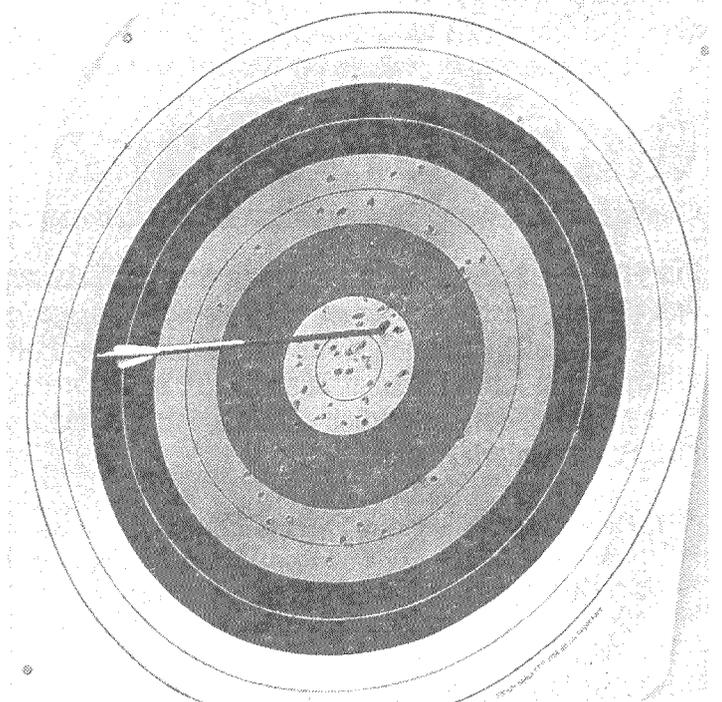
Die aus den Wahlen gestärkt hervorgegangene FDP ist überzeugt, dass neue Ideen nötig sind, wenn die schweizerische Eigenart den kommenden Generationen vererbt werden soll. Zur Realisierung dieser Ideen bildet die Gesundung der Staatsfinanzen die unabdingbare Voraussetzung. Denn die künftigen Generationen können sich nur entfalten, wenn sie nicht mit einem Schuldenberg aus Konsumaufwendungen der Gegenwart überlastet werden.

Wenn sich die Regierungsparteien im Wahlkampf auch stärker polarisiert haben als früher, so erachtet die FDP ihre zahlenmässige Erstarkung als Chance, die in der Vergangenheit vermisste Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Um diese Chancen zu nutzen, braucht es dringende Massnahmen zur Genesung der Bundesfinanzen, zur Sicherung unserer sozialen Errungenschaften und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Es sind diese drei Bereiche, in denen die FDP in den kommenden vier Jahren kompromisslos Akzente setzen wird.

*Christian Kauter,
Generalsekretär FDP
der Schweiz*



Einen wahren «Frey-Effekt» vollbrachte der freisinnige Präsident des Nationalrates, Claude Frey. Seiner Partei bescherte der wortgewaltige Neuenburger einen zusätzlichen Sitz und traf damit voll ins Schwarze. (Photos ruti)





Anna-Marie Kappeler



Markus R. Seiler

Stabwechsel

Nach rund siebenjähriger Tätigkeit als Pressechefin der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) verlässt Anna-Marie Kappeler auf 1. Dezember 1995 das Generalsekretariat in Bern. Ihr Nachfolger wird Markus R. Seiler, der damit auch die Verantwortung für die Parteizeitung «Freisinn» übernimmt.

SFP. Anna-Marie Kappeler kam 1989 in die schweizerische Parteizentrale. Zuvor wirkte die Germanistin als Mittelschullehrerin und Journalistin. Neu wird sie bei der Winterthur-Gruppe die Leitung des Bereichs «Information & Public Relations» übernehmen.

Markus R. Seiler arbeitet seit zwei Jahren als Politischer Sekretär auf dem FDP-Generalsekretariat. Der 27jährige Dietliker (ZH) hat an der Hochschule St. Gallen sein Studium als Dr. rer. publ. abgeschlossen.

Was macht eigentlich ein Pressechef einer nationalen Partei? Zu seinen Aufgaben gehört die Beobachtung der eidgenössischen

Politik, die Redaktion aktueller Verlautbarungen und des Pressedienstes. Bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen hat er mitzuwirken bei der Kampagnenführung. Für alle Parteianlässe bereitet er die Pressemappen vor und betreut die Journalisten. Er organisiert Pressekonferenzen. Sein Rat ist auch in Medienfragen und in der Medienschulung gefragt.

Einen wichtigen Teil der Arbeit bei der FDP macht die Redaktion der Parteizeitung «Freisinn» und der Vierteljahresschrift «Politische Rundschau» aus.

Auf Markus R. Seiler wartet viel Arbeit. Er wird es mit Freude anpacken. ■

KOLUMNE

Die Gefahr neuer, falscher Klischees



Die Verschiebungen bei den Nationalratswahlen dürften vor allem auf zwei Ängste zurückzuführen sein. Einmal die Angst vor der *Gefährdung der sozialen Leistungen*, die die Sozialdemokratische Partei mit ihrem Lärm über den angeblich drohenden «Sozialabbau» schürte; viele Wählerinnen und Wähler sahen die «soziale Sicherheit» am ehesten bei der grossen Linkspartei gesichert. Den Bürgerlichen ist es nicht genügend gelungen, die Ängste, auch im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit, zu reduzieren. Dem Volk wurden auch nicht die katastrophalen finanziellen Konsequenzen und Mehrbelastungen durch Steuern und Abgaben bewusst, die die Durchführung des Sozialprogramms der SP zur Folge hätte.

Die zweite Angst betraf die *Europapolitik*. Dem Blocher-Flügel der SVP ist es gelungen, das Sperrfeuer gegen einen EWR- und EU-Beitritt seit dem 6. Dezember 1992 in einen parteipolitischen Erfolg umzusetzen. Der Gewinn der Sozialdemokraten und der Zürcher SVP verlagert verstärkt die Polarisierung in den Kreis der Bundesratsparteien (was Filippo Leutenegger bereits neue Perspektiven für seine Hahnenkämpfe in der «Arena» eröffnet hat).

Was angesichts der Mandatsverschiebungen, vorwiegend innerhalb der Linksaussen- und der Rechtsaussen-Parteien, völlig in den Hintergrund trat: *die solide Mitte des Regierungslagers*. FDP und CVP, ist *ungeschwächt* aus den Wahlen hervorgegangen – was man im Falle der CVP nicht unbedingt erwarten konnte. Und angesichts der wachsenden Oppositionsgelüste an den Rändern des Bundesratslagers wird es weiter an ihnen sein, die politische Marschrichtung in den

Sachfragen in den kommenden vier Jahren zu bestimmen. Und diese muss, wenn sie erfolgreich sein will, auch weiterhin eine vorwiegend *bürgerliche Politik* sein.

Die Spitze der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz versucht gegenwärtig mit einer allzu durchsichtigen Penetranz und mit dem «Feindbild Blocher» einen *Keil in die bürgerlichen Parteien* zu treiben und die SVP zu isolieren. (Dass Blocher mit seinen Angriffen gegen die «*classe politique*» und gegen «Bern» dabei Schützenhilfe geleistet hat, sei nur am Rande vermerkt.) Die Hauptthemen der nächsten vier Jahre in der eidgenössischen Politik aber werden die Sanierung der Bundesfinanzen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz, die Förderung des öffentlichen Verkehrs in vernünftigen Proportionen, die Sicherung der Finanzierung der Sozialinstitutionen und eine durchsetzbare Reform der Regierungsstrukturen sein. Die Frage eines Beitritts zur EU wird in diesem Zeitraum nicht zur Diskussion stehen.

In allen diesen Fragen aber sind sich die bürgerlichen Parteien wesentlich näher – und sie werden auch die Hauptlast der Sacharbeit zu tragen haben: denn irgendwann werden die sozialpolitischen Seifenblasen der SPS an den finanzpolitischen Realitäten zerplatzen. Für eine solide Arbeit sind auch im neuen Parlament *gute Voraussetzungen* vorhanden: FDP, CVP, SVP und Liberale belegen 115 Sitze im Nationalrat, SP, PdA, Grüne und Landesring 70 Sitze, und weitere 15 sind der Kategorie der «unsicheren Kumpane» zuzurechnen. Wichtig ist, dass die neuen parteipolitischen Verhältnisse *nicht in neue, falsche Klischees* hineingepresst werden, die die politische Arbeit erschweren und die Polarisierung stiften.

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen ZH

FDP auf Internet

Besuchen Sie uns
auf dem World-Wide-Web!

Unsere Adresse:

E-Mail: gs@fdp-prd.ch

www: <http://www.fdp-prd.ch/fdp-prd/>

Reich befrachteter Kongress

Am 26. und 27. August 1995 hat in Neuenburg der ordentliche Kongress der Jungliberalen Bewegung Schweiz (JBS) stattgefunden.

Begonnen hat die JBS ihr Arbeits- und Begegnungswochenende allerdings anlässlich des Wahlkampfstartschusses der FDP Schweiz in Magglingen. Als Ehrengast hatten die jungen Freisinnigen David de Pury an ihren Kongress eingeladen. Sein Referat zum Thema «Die Schweizer Wirtschaft an der Schwelle des 21. Jahrhunderts» fand dann auch grossen Anklang bei den rund hundert jungen Frauen und Männern.

Nach einer klaren Analyse der momentanen Situation und ei-

nem Ausblick in die kommende Wirtschaftsrealität ermutigte der Verwaltungsratspräsident der BBC und Co-Präsident der ABB die Jungen, ihre Ideen laut zu verkünden und sich – sogar auf die Gefahr hin, sich die Finger zu verbrennen – in die Politik einzumischen: «Die Zukunft der Schweiz liegt in euren jungen Händen und nicht in den alten der Partei.» Für de Pury steht fest, die Schweizer Wirtschaft kann sich nur auf dem gewünschten Niveau weiterentwickeln, wenn sie sich sowohl gegen innen wie gegen aussen öffnet.

Landesausstellung 2001

Anschliessend an einen Willkommensgruss vom Neuenburger Gemeinderat Didier Burkhalter stand in der Universität in Neuenburg die Projektpräsentation der

Expo 2001 auf dem Programm. Der Architekt Laurent Geninasca erläuterte sein «Projekt der drei Seen» und gab den Anwesenden auch Einblick in die technischen Daten einer Landesausstellung.

Das Nachtessen wurde dann von der Neuenburger JBS-Sektion an den Seeufern serviert.

Neues Aktionsprogramm

Der Sonntagmorgen war eingehenden Diskussionen in Arbeitsgruppen zu den für die JBS prioritären Themen Europa, Drogen, Migration, Wirtschaftspolitik und Bildung gewidmet, der Nachmittag dann dem statutarischen Teil. Nach dem Jahresbericht der Präsidentin, Ylva Eriksson, galt es, ein neues Aktionsprogramm für die nächste Legislaturperiode zu verabschieden.

Hier einige Auszüge:

■ **Europa:** «Der Bundesrat soll das Beitrittsgesuch bei der Europäischen Union aktivieren.»

■ **Armee:** «Die JBS spricht sich anstelle der militärischen Dienstpflicht für Männer für eine allgemeine Dienstpflicht aus, während der alle Bürgerinnen und Bürger in der einen oder andern Weise einen Dienst am Staat erweisen müssen.»

■ **Migration:** «Die JBS ist gegen eine Limitierung der Ausländerzahl.»

■ **Wirtschaft:** «Aufhebung der Monopole und Kartelle. Unterstützung von jungen, kleinen und mittleren Unternehmen durch administrative Erleichterungen.»

■ **Drogen:** «Drogensucht ist eine Krankheit. Die Abgabe von harten Drogen an Süchtige, der Besitz von kleinen Mengen von Drogen (zum persönlichen Gebrauch) soll straffrei werden.»

■ **Bildung:** «Ermutigung zur Mobilität. Sprachaustausche. Freier Zugang zu den Universitäten. Numerus clausus nur im Notfall. Wiederaufwertung der Lehre. Staatsmonopol in Frage stellen. Lebenslange Bildung. Informatikunterricht an allen Schulstufen.»

■ **Verkehr:** «Einführung der 40-Tonnen-Limite.»

■ **Neue Technologien:** «Rahmenbedingungen für die Schweizer Forschung verbessern. Grundsätzlich müssen gentechnische Mittel möglich sein. Dazu muss ein Gesetz die Leitplanken klar setzen. Am menschlichen Embryo soll Zellmanipulation strikte verboten werden. Der Einstieg in nationale und internationale Informationssysteme (Internet) muss erleichtert werden, vor allem im Ausbildungsbereich.»

■ **Gleichzeitig** wurden zwei neue Kapitel ins Aktionsprogramm aufgenommen, es sind dies Frauenpolitik und Arbeitspolitik. Auf den nächsten Kongress hin soll auch noch ein Kapitel AHV erarbeitet werden.

Elektronische Mailbox

(031) 964 02 42 heisst die Nummer, die Interessierten den direkten Draht zur JBS ermöglicht. Die JBS ist damit die erste politische Bewegung, die eine solche elektronische Datenbank erstellt hat. Eine Ausdehnung auf Internet ist in nächster Zeit vorgesehen.

Wechsel im Zentralvorstand

Nach dem Rücktritt von Ueli Grüter (LU), Carl-Gustav Mez (BS) und Raphael Weibel (BE) sind neu Cyrill Engeli (BL), Michael Huber (BE) und Stephan Schær (LU) gewählt worden.

Eidgenössische Wahlen

Mehr als fünfzig Jungliberale und Jungfreisinnige kandidierten für die Nationalratswahlen im Herbst, teils auf eigenen Listen, teils auf Listen der FDP. Die Sektionen Aargau, Bern, Genf und Wallis präsentieren sich auf eigenen Listen; in Basel und Zürich gibt es gemeinsame Listen, und in den meisten übrigen Kantonen kandidierten Junge auf FDP-Listen.

Davide Robbiani

Rollende Programmarbeit

Folgende Positionspapiere können bestellt werden (1 Ex. gratis, grössere Bestellungen bei der Kantonalpartei):

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Neutralität | <input type="checkbox"/> Äussere Sicherheit |
| <input type="checkbox"/> Finanz- und Steuerpolitik | <input type="checkbox"/> Forschung und Bildung |
| <input type="checkbox"/> Patentierbarkeit von Erfindungen betreffend Organisationen | <input type="checkbox"/> Kulturpolitik |
| <input type="checkbox"/> Tourismus | <input type="checkbox"/> Perspektiven liberaler Lebensgestaltung |
| <input type="checkbox"/> Wohnen | <input type="checkbox"/> Aussenpolitik |
| <input type="checkbox"/> Entwicklungshilfe | <input type="checkbox"/> Wirtschaftspolitik |
| <input type="checkbox"/> Landwirtschaftspolitik | <input type="checkbox"/> Wege aus der Arbeitslosigkeit |
| <input type="checkbox"/> Sozialpolitik | <input type="checkbox"/> Innere Sicherheit |
| <input type="checkbox"/> Öffentliche Sicherheit | <input type="checkbox"/> Seniorenpolitik |
| <input type="checkbox"/> Effizienzsteigerung im staatlichen Bereich | <input type="checkbox"/> Regierungsreform |

Name: _____

Vorname: _____

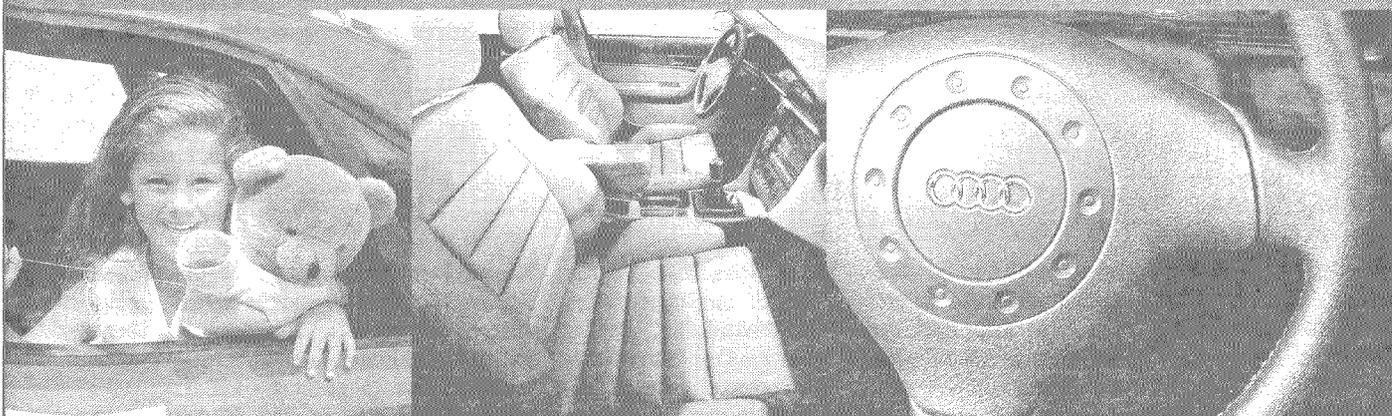
Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



Audi A6 Limousine
Fr. 19.600/Tag
Leihgabe Fr. 39.200 - /Leasing Fr. 373.90 inkl.
12 Monate / 100.000 km/Jahr

Good News vom Audi A6: Drei attraktive Ausstattungs-Pakete zu attraktiven Preisen!

Mittlerweile weiss es fast jeder - der Audi A6 bietet in seiner Klasse Überdurchschnittliches.

Wenn Sie ihm trotzdem noch einige Extras mehr gönnen wollen, tun Sie's jetzt!

Ihr Audi-Partner macht Ihnen eine aussergewöhnlich lukrative Offerte für die individuelle Kombination aus den folgenden Ausstattungs-Paketen für die A6-Limousine:

Ausstattungs-Paket Swiss Family
Vollautomatische Klimaanlage,
Metallic/Perleffekt-Lackierung, Edel-
holzdekor, Tempostat, Mittelarmlehne
vorne, Lendenwirbelstützen vorne,
Diebstahlwarnanlage, Infrarot-Schliess-
anlage, elektrische Fensterheber
vorne und hinten, Nebelscheinwerfer,
Aussentemperaturanzeige, verstärkte
Motorkühlung, asphärischer Aussen-
spiegel links.

Ausstattungs-Paket Swiss Business
Wenn sie oft geschäftlich unterwegs sind:
Noch mehr Eleganz und Komfort dank
Kodiak-Echtleider-Interieur, Lederlenk-
rad und Sitzheizung vorne und hinten.

Ausstattungs-Paket Swiss Sport
16 Zoll Alu-Felgen, Sportsitze vorne,
Sportfahrwerk 20 mm tiefer, Leder-
Sportlenkrad, Lendenwirbelstützen
vorne, höhenverstellbarer Beifahrersitz.

Drei Fragen an die «Neuen»: Was w

Total 15 neue Nationalrätinnen und Nationalräte werden im Dezember in die FDP-Fraktion einziehen. 9 davon stammten aus der deutschen Schweiz, Fulvio Pelli aus dem Kanton Tessin, 3 – Yves Christen, Yves Guisan und Marcel Sandoz – aus dem Waadtland, John Dupraz und Daniel Vogel aus den Kantonen Genf und Neuenburg. Den Vertretern aus der deutschen Schweiz stellen wir drei Fragen.



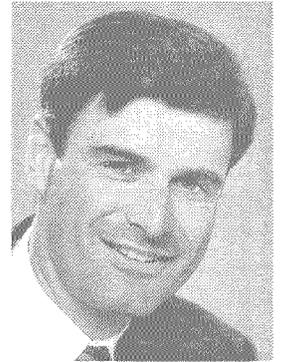
Nationalrätin Käthi Bangerter (BE)



Nationalrat Edi Engelberger (NW)



Nationalrätin Christine Egerszegi-Obrist (AG)



Nationalrat Peter Kofmel (SO)

Welche besondere berufliche und persönliche Kompetenz bringen Sie in die eidgenössische Politik?

Als Unternehmerin sind mir die wirtschaftlichen Anliegen besonders wichtig. Für diese werde ich mich einsetzen.

Ich denke dabei neben meiner Tätigkeit als selbständiger Unternehmer auch an meine politische Erfahrung, die bis ins Jahr 1972 zurückgeht. Aus einer traditionellen liberalen Familie stammend, wurde ich 1972 in den Gemeinderat und 1978–1982 als Gemeindepräsidentin von Stans gewählt. 1974–1982 Landrat, seit 1982 bis heute bin ich Regierungsrat und momentan zum drittenmal Landammann des Kantons Nidwalden.

Politisch absolvierte ich meine «Lehrzeit» während sechs Jahren im Mellinger Stadtrat (Exekutive) und während sieben Jahren im Grossrat. Für die FDP Schweiz präsidierte ich die Arbeitsgruppe «Arbeitslosigkeit». Als Romanistin freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit den andern Landessprachen.

■ Wirren und Erfahrungen betreffend New Public Management aus Beruf und Politik.

■ Anwendung der juristisch/betriebswirtschaftlichen Grundausbildung im Beruf vor allem auf Klein- und Mittelunternehmen (Rückgrat der Schweizer Volkswirtschaft) sowie in der Politik auf kommunaler und kantonaler Ebene.

■ 14 Jahre Erfahrung in kommunaler und kantonaler Politik vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Planung (insbesondere auch Verkehrspolitik) und Bildung.

Was wollen Sie in den nächsten vier Jahren vor allem anderen in der Schweiz verändern?

Ich will mich für eine offene, zukunftsgerichtete Schweiz einsetzen und mithelfen, Ängste in der Bevölkerung abzubauen.

Als vordringlichste Aufgabe sehe ich die Sanierung des Bundeshaushaltes, die Erhaltung des Wirtschaftsstandortes Schweiz und dessen Arbeitsplätze. Dazu braucht es den Dialog zwischen Politik und Wirtschaft, um mehr Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zu schaffen sowie zur Rückgewinnung des Vertrauens des Bürgers.

Ich möchte einen aktiven Beitrag leisten zur Sicherung unserer Arbeitsplätze, zur Sanierung der Bundesfinanzen und zur Anpassung unserer Sozialwerke an die finanziellen und gesellschaftlichen Realitäten.

■ Öffentliche Finanzen sanieren, insbesondere auf dem Weg über neue Politik- und Verwaltungsführungskultur.

■ Unternehmerinnen- und unternehmerfreundliches Klima schaffen und damit wieder Arbeitsplätze möglichst für alle schaffen.

■ Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen grundsätzlich neu gestalten: Aufgaben, Kompetenz und Verantwortung möglichst je nur einer Ebene zuordnen.

Wie halten Sie es mit der Fraktionsdisziplin? Was tun Sie, wenn Sie in der Fraktion überstimmt werden?

Die Fraktionsdisziplin erachte ich als wichtig. Sie sollte nur in Ausnahmefällen unterlaufen werden.

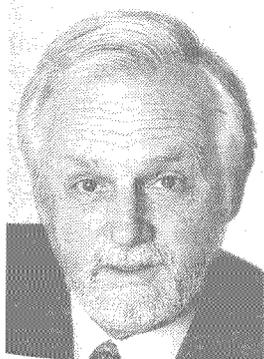
Ich bin nun schon über zwanzig Jahre im Kantonsparlament und mit dem Fraktionsleben vertraut. Ich brauche das «frei» sein, darum bin ich liberal, aber ich kann mich auch zu- und unterordnen, wenn es die politische Situation erfordert.

Als liberale Frau stelle ich das Gemeinwohl über die Fraktionsdisziplin. In mir wichtigen Entscheidungen würde ich auch eine Minderheitsmeinung gegen aussen vertreten, wenn sie nicht die Grundhaltung der Partei betreffen.

■ Eine Fraktion/ Partei, die erfolgreich politisieren will, braucht ein hohes Mass an Einigkeit und Disziplin.

■ Kleine (überstimmt) Minderheiten sollen ihr Verhalten im Plenum von Fall zu Fall offen mit der Mehrheit der Fraktion vereinbaren.

Sollen Sie in der Schweiz verändern?



Nationalrat
Erich Müller (ZH)

Dreissigjährige Erfahrung in Wirtschafts- und Finanzfragen in einem internationalen Konzern; Dialog- und Konsensfähigkeit, Problemlösungskompetenz.



Nationalrat Johannes
Robert Randegger (BS)

Als Werkleiter des Ciba-Werkes Basel bin ich mit wirtschaftlichen, politischen und sozialen Problemen konfrontiert wie Erhalt von Arbeitsplätzen, Umweltschutz und Sicherheit, Restrukturierungen etc. Als persönliche Kompetenzen stehen Offenheit, Dialogfähigkeit und Belastbarkeit im Vordergrund.



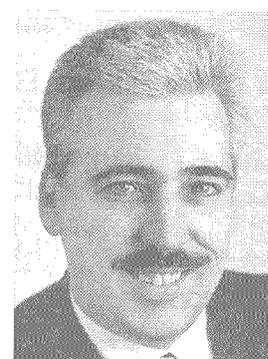
Nationalrat
Georges Theiler (LU)

Als geschäftsführender Mitinhaber einer Unternehmung bringe ich wirtschaftliche und organisatorische Erfahrungen mit. Meine Stärken liegen im strategischen Denken und im Finanzbereich. Beides lässt sich in der Politik sehr gut verwenden.



Nationalrätin Dorle
Vallender-Clausen (AR)

Auf Grund meiner Ausbildung an der Hochschule St. Gallen, meiner Tätigkeit als Hauptlehrerin für Wirtschaft und Recht an der Kantonschule Trogen AR liegt mein Schwerpunkt im Bereich der öffentlichen Finanzen und der Wirtschaft.



Nationalrat
Peter Weigelt (SG)

Als PR-Berater und ehemaliger Radioredaktor stütze ich mich auf einen breiten kommunikativen Hintergrund, der gepaart mit meinen Erfahrungen als Parteisekretär, Kantonsrat und Präsident wichtiger vorbereitender Kommissionen (z. B. Steuergesetzrevision; Teilprivatisierung der St. Gallischen Kantonalbank) sowie meinem Engagement in nationalen Interessengruppen (z. B. Präsident des Schweizerischen Verpackungsinstituts SVI) Chancen öffnet, um auch auf Bundesebene zielgerichtet und kompetent, vor allem aber auch verständlich zu politisieren.

Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen:

- Marktwirtschaftliche Öffnung nach *innen* (Staatsfinanzen, Subventionen, Privatisierung, Regelungsdichte)
- Marktwirtschaftliche Öffnung nach *ausen* (Öffnung gegenüber Europa).

Ich *halte* mich an die Fraktionsbeschlüsse, sofern sie den *FDP-Grundprinzipien gegenüber* nicht widersprechen, das heisst Öffnung der Schweiz gegenüber Europa; *keine* Aufgaben-Vermehrung, *keine* Steuererhöhung, *keine* zusätzlichen Lohnprozente für Sozialkosten.

Mein Ziel ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die damit verbundenen Herausforderungen kenne ich nicht nur vom Hörensagen. Erfolge werden sich dann einstellen, wenn wir wirtschaftlich attraktive und berechenbare Rahmenbedingungen anbieten können.

Übertriebene Disziplin, Fraktionszwang widersprechen meiner liberalen Grundhaltung. Eine unterlegene Minderheit – ist sie nicht allzu gross oder handelt es sich nicht um eine Gewissensfrage – sollte sich aber einem Mehrheitsentscheid fügen, sonst ist eine kohärente Politik nicht möglich.

Gesunde Staatsfinanzen und gute Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft stehen an erster Stelle. Denn nur eine gesunde Wirtschaft kann die Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen und die Erhaltung der Sozialwerke sicherstellen.

Ich stehe mit beiden Füßen auf liberal-freisinnigem Fundament und glaube kaum, dass ich riskiere, als Aussenseiter fahren zu müssen. Eine geschlossene Fraktion ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Fraktion. Aus diesem Grund würde ich mich im Minderheitsfall eher zurückhalten.

Erste Priorität hat für mich die Sanierung der Bundesfinanzen. Zudem sind die Rahmenbedingungen der Wirtschaft weiter zu verbessern durch eine unternehmungsfreundliche Arbeits-, Beschäftigungs- und Steuergesetzgebung (Abschaffung der Emissionsabgabe, flexible Abschreibungspolitik). Die Landwirtschaft braucht neue langfristige, berechenbare rechtliche Grundlagen, die den beschleunigten Strukturwandel auffangen helfen.

Die Frage kann ich nicht zum Voraus beantworten. Der Fraktionsdisziplin kann ich mich dann unterziehen, wenn ich dies mit meinem Gewissen und meinem politischen Programm vereinbaren kann.

Das Misstrauen gegenüber unserem Staat und unseren Institutionen lähmt. Ich will als Nationalrat dazu beitragen, dass Glaubwürdigkeit und Vertrauen auch in der Politik wieder Werte mit Inhalt werden. Dazu setze ich auf ein konsequent bürgerliches, ordnungspolitisches Handeln, welches sich nach der Maxime richtet, dass der mündige Bürger nicht dem Staat, sondern der Staat dem mündigen Bürger gehört.

Loyalität ist wichtig. Doch wenn persönliche Grundwerte mit Entscheiden der Fraktion kollidieren, gilt es, dies auch zum Ausdruck zu bringen. Es ist letztlich eine Frage des politischen Stils, wie der einzelne mit dieser Konfrontationsstellung umgeht. ■

FDP-TAGUNG

Effizienter, kostengünstiger, bürgerfreundlicher

Dass Themen wie Effizienzsteigerung und New Public Management (NPM) in der Schweiz nicht nur theoretisch diskutiert werden, sondern auf allen staatlichen Ebenen bereits auch in der Praxis Anwendung finden, zeigte die Tagung «Effizienzsteigerung im staatlichen Bereich» der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz.

SFP. Vor über 140 Teilnehmern erläuterten Dieter Syz, Präsident der Generaldirektion PTT, Martin Haas, Stadtpräsident von Winterthur, Hans Brunschweiler, Chef des Präsidialamtes der Stadt Frauenfeld, Eric Honegger, Regierungsrat und Finanzdirektor des Kantons Zürich, Kurt Altermatt, kantonaler Finanzverwalter des Kantons Solothurn, und Toni Wicki, Rüstungschef EMD, wie staatliche Tätigkeiten effizienter, kostengünstiger und bürgerfreundlicher erbracht werden können.

Ziel des Anlasses war es, Informationen zu vermitteln, den Erfahrungsaustausch zwischen freisinnigen Politikern, Beamten und das Wirtschaft zu ermöglichen sowie politische Entscheidungsträger auf allen staatlichen Ebenen zu motivieren, in ihren Verantwortungsbereichen analoge Reformschritte einzuleiten. FDP-Standpunkte wurden vertieft und konkretisiert.

Gemäss Syz haben Post und Telecom bereits eine Phase der effizienten Verwaltungsführung im Sinne des NPM durchlaufen. Mit der notwendigen Liberalisierung des Post- und Fernmeldewesens in der Schweiz müssten sich die PTT nun in marktwirtschaftlich geführte Unternehmungen wandeln und sich von der Struktur der Verwaltung abkehren. Wicki präsentierte einen Einblick in die wichtigsten Aspekte der EMD-Verwaltungsreform.

Honegger erläuterte Inhalt und Ziele von «WIF! – Wirkungsorientierte Führung der Verwaltung des Kantons Zürich». Altermatt stellte das Projekt schlanker Staat vor, das seit einem Jahr im Kanton Solothurn läuft. Er be-

zeichnete die bisherigen Ergebnisse als insgesamt erfreulich.

Anhand der Erfahrungen der Stadt Winterthur mit verschiedenen Projekten nannte Haas die rechtlichen Grenzen, innerhalb deren eine Gemeinde erste Schritte im Sinne des New Public Management unternehmen kann. Brunschweiler schliesslich berichtete über die Erfahrungen der Stadt Frauenfeld mit der Privatisierung des öffentlichen Verkehrs.

Die Tagung wurde von Nationalrat Franz Steinegger, Präsident der FDP Schweiz, eröffnet. Tagungsleiter war Nationalrat Adriano Cavadini TI, Präsident des FDP-Ausschusses für Wirtschaftspolitik. ■

FDP-STANDPUNKTE

Endlich die Wahrheit

Der Drei-Säulen-Bericht, der durch Innenministerin Dreifuss vorgestellt wurde, zeigt den Finanzierungsbedarf der AHV/IV im kommenden Jahrhundert mit aller Deutlichkeit auf. Die FDP der Schweiz hatte ihre Besorgnis darüber bereits 1994, nach dem offenen Brief von Bundesrätin Dreifuss, geäussert. Vor der AHV-Abstimmung und vor den eidgenössischen Wahlen wollte das EDI die warnenden Stimmen aber offensichtlich nicht hören.

Die Dramatik der Situation zeigt sich heute darin, dass zur laufenden Finanzierung der AHV bereits ab 1996 Zuschüsse der Zinserträge auf dem Reservefonds gebraucht werden. Noch am 10. Mai 1994 schrieb Bundesrätin Dreifuss, dass der AHV-Fonds bis ins Jahr 2000 weiter geöffnet werden könne. Der Drei-

Säulen-Bericht zeigt zwar den Finanzierungsbedarf auf, stellt aber keine Lösungsansätze vor. Für die FDP bestätigt sich, dass die 11. AHV-Revision zu einer reinen Finanzierungsreform werden wird, welche die Sicherstellung der AHV auch für kommende Generationen zu garantieren hat. Angesichts der demographischen Entwicklung ist dies eine schwierige Aufgabe. Eine weitere Erhöhung der Lohnprozente lehnt die FDP ab. Einer Flexibilisierung des AHV-Alters kann sie nur dann zustimmen, wenn ein vorzeitiger Rentenbezug auch eine entsprechende Renten Kürzung zur Folge hat. ■

Ausgabenwuchs inakzeptabel

Die FDP der Schweiz weist den Voranschlag 1996 des Bundes zurück und fordert grössere Sparanstrengungen. Eine Zunahme der Ausgaben um 1,7 Milliarden oder 4,1 Prozent ist für die FDP inakzeptabel. Sie erwartet grössere Sparanstrengungen. Die FDP fordert, dass das Ausgabenwachstum unter das erwartete Wirtschaftswachstum von 4,0 Prozent gedrückt wird. Wo nötig, ist dabei der Dringlichkeitsweg zu beschreiten. Das Instrument der Schuldenbremse findet ihre volle Unterstützung. ■

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) sucht auf den **1. Januar 1996** oder nach Vereinbarung eine / einen

POLITISCHE SEKRETÄRIN

POLITISCHEN SEKRETÄR

Sie arbeiten im Generalsekretariat der FDP der Schweiz im Zentrum von Bern und befassen sich vollamtlich mit Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie verwandten Bereichen.

Ihre Tätigkeit umfasst dabei u.a. die Betreuung der entsprechenden Parteigremien und Kommissionen, diverse organisatorische Aufgaben, das Führen der Sekretariate, das Erstellen von Protokollen, das Verfassen von Arbeitspapieren, Diskussionsgrundlagen, Positionspapieren der Partei sowie das Vorbereiten und Verfassen von Vernehmlassungsantworten zu Händen der Geschäftsleitung, die Informationsbeschaffung und -vermittlung für Exponenten der Partei und die Pflege von Kontakten zu nahestehenden Organisationen der Wirtschaft. In mancher Hinsicht werden Sie auch mit der FDP-Fraktion der Bundesversammlung zusammenarbeiten.

Sie verfügen über ein abgeschlossenes Hochschulstudium, sprechen auch französisch und interessieren sich nicht nur theoretisch für die eidgenössische Politik.

Wenn Sie bereit sind, sich für eine faszinierende und herausfordernde Tätigkeit auch entsprechend einzusetzen, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bitte an die FDP der Schweiz, Herrn Christian Kauter, Generalsekretär, Postfach 6136, 3001 Bern, oder rufen Sie uns an (031 311 34 38).

FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei
der Schweiz

«Gäng es bitzeli hü»

Die eidgenössischen Wahlen 1995 sind mit Ausnahme der zweiten Wahlgänge vorbei; bereits steht die erste Session des neugewählten Parlaments vor der Tür. Erstmals wird auch die Aargauerin Christine Egerszegi-Obrist als Nationalrätin nach Bern reisen. Sie gehört neu zur erstarkten «FDP-Frauenfraktion» im Bundeshaus. Wir haben uns mit ihr kurz nach der Wahl unterhalten.

◉ Madeleine Kuhn-Baer*

Die in Mellingen wohnhafte Christine Egerszegi ist 47jährig, verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Die diplomierte Sprachlehrerin weist eine beeindruckende Liste von Tätigkeiten aus: Schulpflege Mellingen von 1985 bis 1989, Grossrätin ab 1989, Stadträtin ab 1990, Fraktionsvorstand, Präsidentin der Arbeitsgruppe «Arbeitslosigkeit» der FDP Schweiz, Vorstand Haus-eigentümergebiet Baden/Brugg/Zurzach, Vorstand Schweizerischer Gemeindeverband, Zentralpräsidentin Heimverband Schweiz.

Die besonderen Interessen der frischgebackenen FDP-Nationalrätin liegen im Zusammenspiel von Wirtschafts- und Sozialpoli-

* Landrätin aus Glarus.

tik, in der Bildungspolitik, in der Entwicklung der Sozialversicherungen sowie in der Bewältigung der Probleme unserer Zeit.

Es gehört zur politischen Haltung von Christine Egerszegi, dass sie nicht nur kritisiert, sondern nach Lösungen sucht: Lösungen für eine gezielte Sozialpolitik, die menschlich und wirtschaftlich verantwortbar ist, Lösungen für eine haushälterische Finanzpolitik, die nicht mehr Geld ausgibt als einnimmt, Lösungen für eine politische Kultur der Offenheit, Toleranz und Dialogbereitschaft, die gemeinsame Lösungen erst möglich macht.

Christine Egerszegi, ganz herzliche Gratulation zum Nationalratsmandat. Wie fühlen Sie sich

Präsidentinnenkonferenz am 16. November

mb. Die nächste Präsidentinnenkonferenz der FDP-Frauen Schweiz findet am Donnerstag, 16. November 1995, ab 14 Uhr im Zunfthaus zur Zimmerleuten in Zürich statt. Sie ist zweigeteilt: Zuerst diskutieren die FDP-Frauen mit verschiedenen Gästen über die Mutterschaftsversicherung. Eingeladen sind die Präsidentinnen der CVP- und SVP-Frauen sowie Vertreterinnen des Evangelischen und Katholischen Frauenbundes, der kantonalzürcherischen Frauenzentrale, des Schweizerischen Gemeinnützi-

gen Frauenvereins und des Bundes Schweizerischer Frauenorganisationen.

Im Anschluss an diese sicher interessante Diskussion folgt die eigentliche Präsidentinnenkonferenz der FDP-Frauen. Traktandiert sind unter anderem die Verabschiedung einer Stellungnahme zur Mutterschaftsversicherung, die Wahlen 1995, das Bundesgesetz über die Familienzulagen sowie die Verfassungsänderung «Recht auf Existenzsicherung».



Frischgebackene FDP-Nationalrätin Christine Egerszegi.

Jetzt, zwei Tage nach der Wahl?

Christine Egerszegi: «Zwar spüre ich den Wahlkampf noch etwas im Nacken, aber so langsam freue ich mich richtig darüber, dass ich als erste bürgerliche Aargauerin in den Nationalrat gewählt worden bin.»

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Christine Egerszegi: «Am Wahlsonntag abend habe ich einer Fernsehjournalistin ganz spontan gesagt: «Wahlkampf ist grässlich.» In dieser Aussage spürt man, dass ich während fünf Wochen praktisch von Wahlveranstaltung zu Wahlveranstaltung eilte, dass es mich Energien kostete, über das harte Gerangel einzelner Kandidaten hinwegzugehen und mich nicht von protzigen Werbekampagnen anderer entmutigen zu lassen. Wirklich, es war ein «Wahlkrampf»; um so mehr freut es mich natürlich, dass ich diese Hürde geschafft habe.»

Wie haben Sie den Wahlkampf organisiert? Wer hat Ihnen dabei geholfen?

Christine Egerszegi: «Er wurde von Freunden organisiert: Unser

Gratulation und Dank

mb. Herzliche Gratulation allen Neu- und Wiedergewählten! Herzlichen Dank aber auch allen, die sich für die Wahl zur Verfügung gestellt, nun jedoch nicht reüssiert haben. Die nächsten Wahlen kommen bestimmt ... ■

Ortsparteipräsident führte das Zepter; der Stadtschreiber betreute die Finanzen; der Ehemann unserer Regierungsrätin spannte die Fäden für die Auftritte; ein ehemaliger Regierungsrat, der mich immer als eine Art «politischer Götti» betreut hatte, ging auf Betteltour; die Präsidentin der Freisinnigen Frauen Region Baden mobilisierte einen Fanklub; ein bewährter PR-Mann organisierte die Medienarbeit und half mir beim Schleifen der Argumente.»

Wie sah die Frauenförderung von seiten der FDP aus?

Christine Egerszegi: «Grosse Unterstützung erhielt ich von der

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

schweizerischen Partei. Sie ermöglichte mir das Präsidium der Arbeitsgruppe «Arbeitslosigkeit», verschiedene Auftritte in der Fernsehsendung «Arena», einen Artikel im «Brückenbauer» und mit Herrn Schommer eine Hilfe, die mir die Käsesubventionen, den Stand der bilateralen Verhandlungen oder Unterlagen über die SP-Sparvorschläge innert aller kürzester Zeit nach Hause lieferte.»

Wie beurteilen Sie allgemein das Abschneiden der Frauen anlässlich der jüngsten National- und Ständeratswahlen?

Christine Egerszegi: «Nume nid gsprängt, aber gäng es bitzeli hü.»

Welche Prioritäten werden Sie in Ihrer Arbeit in Bern setzen?

Christine Egerszegi: «Bei der Sicherung unserer Arbeitsplätze, der Sanierung des Bundesfinanzhaushaltes und bei der Zukunft des Sozialstaates Schweiz mit der Kernfrage: Wieviel wollen und können wir uns leisten?»

Herzlichen Dank für das Interview sowie viel Erfolg und Befriedigung bei der politischen Arbeit in Bern.

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion: Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonsseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: Kretz AG, Verlag und Annoncen, General Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-

FDP-Mütze

Freisinnige Köpfe sind kluge Köpfe, Köpfe, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und zu tragen. Zeigen Sie Ihren freien Sinn. Mit der Mütze in den FDP-Farben Rot, Blau, Weiss zum Preis von nur Fr. 12.- (Grösse verstellbar).



Talon

Ich bestelle: _____ Stück FDP-Mütze(n) à Fr. 12.-

Name/Vorname: _____

11/95

Adresse/PLZ/Wohnort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Werbeabteilung, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■

FDP-Foulard 95

Endlich ist das neue Foulard der FDP erhältlich. Wie die bisherigen besteht es aus 100 Prozent reiner Seide, Satin Crêpe, ist 90x90 Zentimeter gross und natürlich in den Farben Rot/Blau/Weiss/Schwarz gehalten.



Talon

Ich bestelle: _____ Stück FDP-Foulard 95 zu Fr. 50.-

Name: _____

11/95

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Werbeabteilung, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■

Die FDP weist den Weg

Mit Kaspar Villiger hat am 1. November 1995 ein freisinniger Bundesrat das Eidgenössische Finanzdepartement übernommen. Die Herausforderung ist klar: Der schwer defizitäre Bundeshaushalt muss wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Die FDP hat im Hinblick auf diese zentrale Aufgabe der kommenden Legislatur ihr Positionspapier zur Finanz- und Steuerpolitik überarbeitet und aktualisiert. Dieses zeigt den Weg auf zu gesunden Staatsfinanzen.

Markus R. Seiler*

Ein strukturelles Defizit von gegen fünf Milliarden Franken jährlich, eine Gesamtverschuldung, die sich schnell der Hundert-Milliarden-Grenze nähert: Heute würde die Schweiz nicht einmal mehr die Kriterien für die Teilnahme an der EU-Währungsunion erfüllen. Soll ein finanzpolitischer Abstieg ins europäische Mittelfeld abgewendet werden, sind einschneidende Massnahmen zur Brechung des Ausgabenwachstums und der Staatsverschuldung dringend geboten.

Freisinnige Leitlinien

Folgende Grundthesen freisinniger Finanzpolitik haben unverändert Gültigkeit und sind auch in wirtschaftlich und finanzpolitisch schwierigen Zeiten als Leitlinien massgebend:

- Die Staatsquote aller drei Ebenen muss auf einem vernünftigen Niveau stabilisiert werden.
- Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte muss wieder auf eine gesunde Basis zurückgeführt werden.
- Alle Staatsaufgaben müssen laufend auf ihre Notwendigkeit überprüft werden.

Sparen: Die FDP sagt, wo wieviel

Aufgabenbereich	Einsparungen in Mio. Fr. pro Jahr (Bundeshaushalt)
1. Allg. Verwaltung	über 700
2. Justiz /Polizei	60
3. Beziehungen zum Ausland	50
4. Landesverteidigung	250
5. Bildung und Grundlagenforschung	50
6. Soziale Wohlfahrt	390
7. Umwelt und Raumordnung	nicht quantifizierbar
8. Verkehr	110
9. Landwirtschaft	280
10. Finanzausgleich	über 700
Total quantifizierbar	2 590

Zusammen mit den noch nicht quantifizierbaren Massnahmen, insbesondere Outsourcing, Teilprivatisierung, weitere Straffung der Verwaltung und Vereinfachung von Normen und Standards, sollte es mit diesen Sparmassnahmen mittelfristig möglich sein, das strukturelle Defizit zu eliminieren.

- Die notwendigen Staatsaufgaben müssen so effizient wie möglich erfüllt werden.
- Steuern müssen wettbewerbsneutral ausgestaltet sein und dürfen die Leistungsbereitschaft nicht hemmen. Nach dem starken Anstieg seit 1970 ist die Fiskalquote (Steuern und Sozial-

abgaben) zu stabilisieren und sukzessive zu verringern. Das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern ist zugunsten der indirekten Steuern zu verbessern. Vor allem der Bundeshaushalt ist vermehrt über indirekte Steuern zu finanzieren

Die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben ist in der Schweiz in den vergangenen 25 Jahren auch im internationalen Vergleich überdurchschnittlich gestiegen. Allein in den letzten Jahren wurden dem Bund zusätzliche Mittel von insgesamt über 3,5 Milliarden Franken jährlich zugesprochen. Für die FDP sind damit die Möglichkeiten für Steuererhöhungen, abgesehen von der Sonderfinanzierung für die Bahn, ausgeschöpft. Aus diesem Grund ist der Ausgabenpolitik erste Priorität einzuräumen: Die sich gefährlich weit öffnende Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen ist durch Sofortmassnahmen auf der Ausgaben-seite im Rahmen des Budgets 1996 und des Finanzplanes 1997-1999 sowie durch strukturelle Reformen zu schliessen.



Zum Wohl – auf die Bundeskasse: der alte und der neue Finanzminister, die Bundesräte Stich und Villiger. (Photo ruti)

Fortsetzung auf Seite 16



Leere Bundeskassen – der Rubel rollt nicht mehr. (Photo Senn)

Fortsetzung von Seite 15

Kurzfristig auch Dringlichkeitsrecht

Kurzfristig ist das Ausgabenwachstum für das Budget 1996 und den Finanzplan 1997–1999 unter den erwarteten Zuwachs des Wirtschaftswachstums, das heisst des Bruttoinlandproduktes (BIP), von zirka 3,5 Prozent pro Jahr zu drücken. In besonderen Fällen muss auch der Dringlichkeitsweg beschritten werden. Von einem weiteren Ausbau im Sozialbereich ist mangels Finanzierbarkeit abzusehen.

Langfristig: von der «Schuldenbremse»...

Mittel- und langfristig muss nach der Wiedereinführung der Ausgabenbremse mittels einer

«Schuldenbremse» institutionell dafür gesorgt werden, dass das Ausgabenwachstum das mittelfristige Wirtschaftswachstum nicht übersteigt. Die Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden ist auf Grund des Subsidiaritätsprinzips neu zu regeln. Auch der Finanzausgleich ist dringend neu zu ordnen. Die Vermischung zwischen Ausgaben- und Finanzierungs Kompetenzen ist zu eliminieren. Überall ist der Staat auf Möglichkeiten für Privatisierungen, Verselbständigungen und Outsourcing zu durchleuchten. Insbesondere sind historisch gewachsene Tätigkeiten der öffentlichen Hand zu hinterfragen. Wo staatliche Aufgaben ebensogut durch den Wettbewerb erfüllt werden können, ist diesem der Vorzug zu geben.

Jetzt bestellen!

- Positionspapier der FDP zur Finanz- und Steuerpolitik
- Folder «Finanzpolitik»

Name/Vorname: _____ 11/95

Adresse/PLZ/Wohnort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Ankreuzen, ausschneiden und einsenden oder faxen an:
 FDP der Schweiz, Werbeabteilung, Postfach 6136, 3001 Bern,
 Fax (031) 312 19 51.

... über die 11. AHV-Revision ...

Auf Grund niedrigerer Wachstumsraten der Volkswirtschaft und unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung muss das Schwergewicht im Sozialbereich in Zukunft auf den Umbau gelegt werden. Neben der «Grundversorgung» ist deshalb vermehrt das Bedarfsprinzip anzuwenden. Die 11. AHV-Revision ist unverzüglich an die Hand zu nehmen. Dabei muss die Sicherstellung der Finanzierung unseres wichtigsten Sozialwerkes im Zentrum stehen.

... zu mehr Markt auch in der Landwirtschaft

Mehr Markt und Wettbewerb muss auch in der Agrarpolitik zum Tragen kommen. Einsparungen sind hier im vor- und

nachgelagerten Bereich vorzunehmen. Insbesondere ist ein sukzessiver Rückzug aus den Vermarktungsorganisationen wie etwa der Käseunion nötig. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs muss sich der Bund darauf beschränken, Leistungsaufträge zu formulieren, insbesondere den Umfang der Grundversorgung. Basierend auf dem Prinzip des «free-access», soll bezüglich der Leistungserbringung das Wettbewerbsprinzip unter den Verkehrsträgern angewandt werden. Die eingeleitete Bahnreform ist ebenso wie die Liberalisierung im Bereich der Post und Telecom zügig voranzutreiben.

* Dr. rer. publ., Politischer Sekretär auf dem FDP-Generalsekretariat, ab 1. Dezember 1995 FDP-Pressechef.

Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen Ihr eigenes Urteil zu bilden.

Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.– pro Exemplar (ausser Nr. 2–3/94):

- _____ Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkraftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»
- _____ Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- _____ Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»
- _____ Ex. Nr. 4/93: «Berichte, Thesen und Massnahmen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz»
- _____ Ex. Nr. 1/94: «Wege aus der Arbeitslosigkeit»
- _____ Ex. Nr. 2–3/94: «Für eine Schweiz mit Zukunft. Hundert Jahre FDP der Schweiz» (à Fr. 15.–)
- _____ Ex. Nr. 4/94: «15 Thesen der FDP für eine gesamtheitliche Alterspolitik»
- _____ Ex. Nr. 1/95: «Perspektiven liberaler Lebensgestaltung»
- _____ Ex. Nr. 2/95: «Reform der Volksrechte»
- _____ Ex. Nr. 3/95: «Wahlplattform 1995»

Name: _____ Vorname: _____ 11/95

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Freisinnige Positionen

Diese Broschüren können Sie bei uns bestellen.



Als Väter und Mütter werden Mann und Frau in ein viel zu enges Kleid gezwängt. Schneidern Sie mit uns ein neues!

FDP

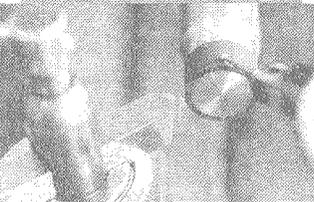
1 Alles über die Gleichstellung.



Unser Staat legt jedem Neugeborenen 22'000 Franken Schulden in die Wiege. Die FDP sagt: Jovoverantwortlich.

FDP

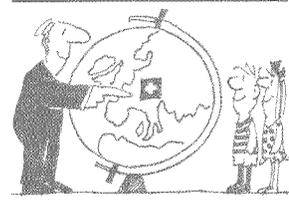
2 FDP-Finanz- und Steuerpolitik glasklar.



Die Arbeitslosenversicherung stoppt die Arbeitslosigkeit nicht. Darum wollen wir neue Arbeitsplätze schaffen.

FDP

3 Die einzige Strategie gegen Arbeitslosigkeit.



Die FDP akzeptiert die Erkenntnis der Geographen: Die Schweiz liegt mitten in Europa.

FDP

4 FDP-Europapolitik.



Sport 2001

FDP

5 FDP und Sport: ein starkes Team.

Schimpfen tut gut. Verantwortung übernehmen ist besser.

Wir übernehmen Verantwortung

FDP

6 Mitgliederwerbung

Liberales Manifest

Freiheit heute und morgen.
Verantwortung für Mitwelt und Nachwelt

FDP

7 FDP-Grundwerte.

Jahresbericht
Rapport annuel

Die Arbeit der
Freisinnig Demokratischen Partei der Schweiz
und der Freisinnig Demokratischen Fraktion
der Bundesversammlung

L'activité du
Parti radical-démocratique suisse
et du Groupe radical-démocratique
de l'Assemblée fédérale

94/95

FDP PRD PLR

8 Der Jahresbericht.

Bitten senden Sie mir folgende Broschüren:

Broschüre Nr. 1 2 3 4 5 6 7 8

Kreuzen Sie die gewünschte Nummer an.

1 Exemplar gratis.

Bei mehreren Exemplaren kosten
die Nummern 1 2 3 4 6 je Fr. -50
die Nummer 5 7 Fr. 1.-
die Nummer 8 Fr. 5.-

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

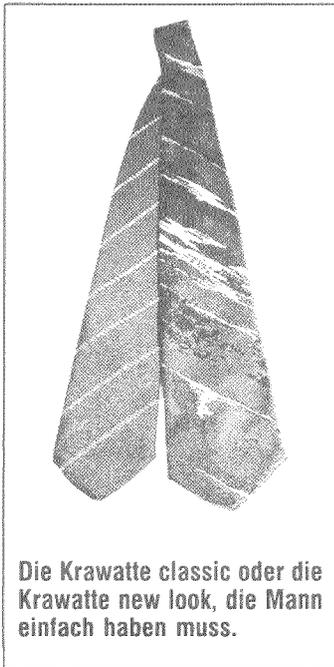
Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. (031) 311 34 38
Fax (031) 312 19 51

Chic und praktisch

Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-elegantem «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen auf dieser Seite vor. Bestellen Sie jetzt! Wollten Sie nicht schon längst dies oder

jenes jemandem oder sich selber schenken? Benutzen Sie im Wahljahr unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verschenken Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



Die Krawatte classic oder die Krawatte new look, die Mann einfach haben muss.



Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.



Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.

Talon

Ich bestelle:

- _____ Ex. Konferenzmappe à Fr. 40.–
- _____ Ex. FDP-Pin 100 Jahre à Fr. 5.–
- _____ Ex. Portefeuille à Fr. 44.–
- _____ Ex Doppelschirm à Fr. 30.–
- _____ Ex. Sportschirm à Fr. 30.–
- _____ Ex. Holzschirm à Fr. 35.–
- _____ Ex. Krawatte classic à Fr. 40.–
- _____ Ex. Krawatte new look à Fr. 40.–
- _____ Ex. Festschrift à Fr. 15.–

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

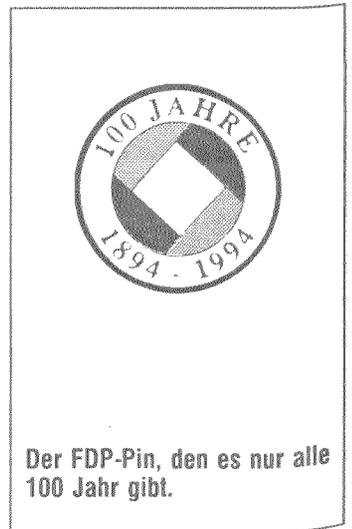
PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

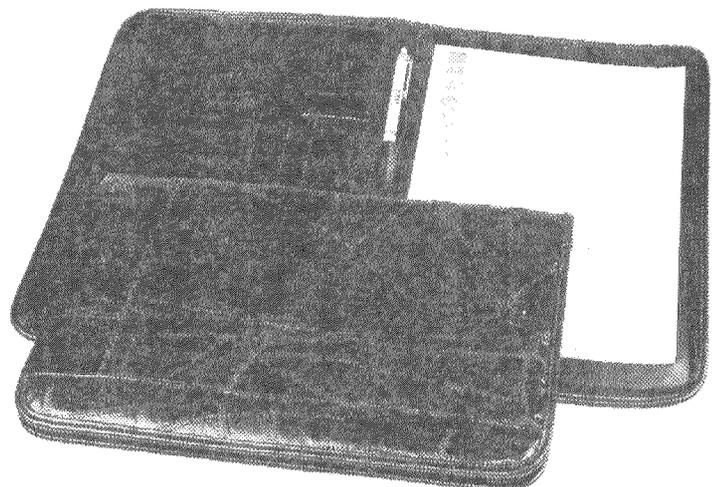
Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■



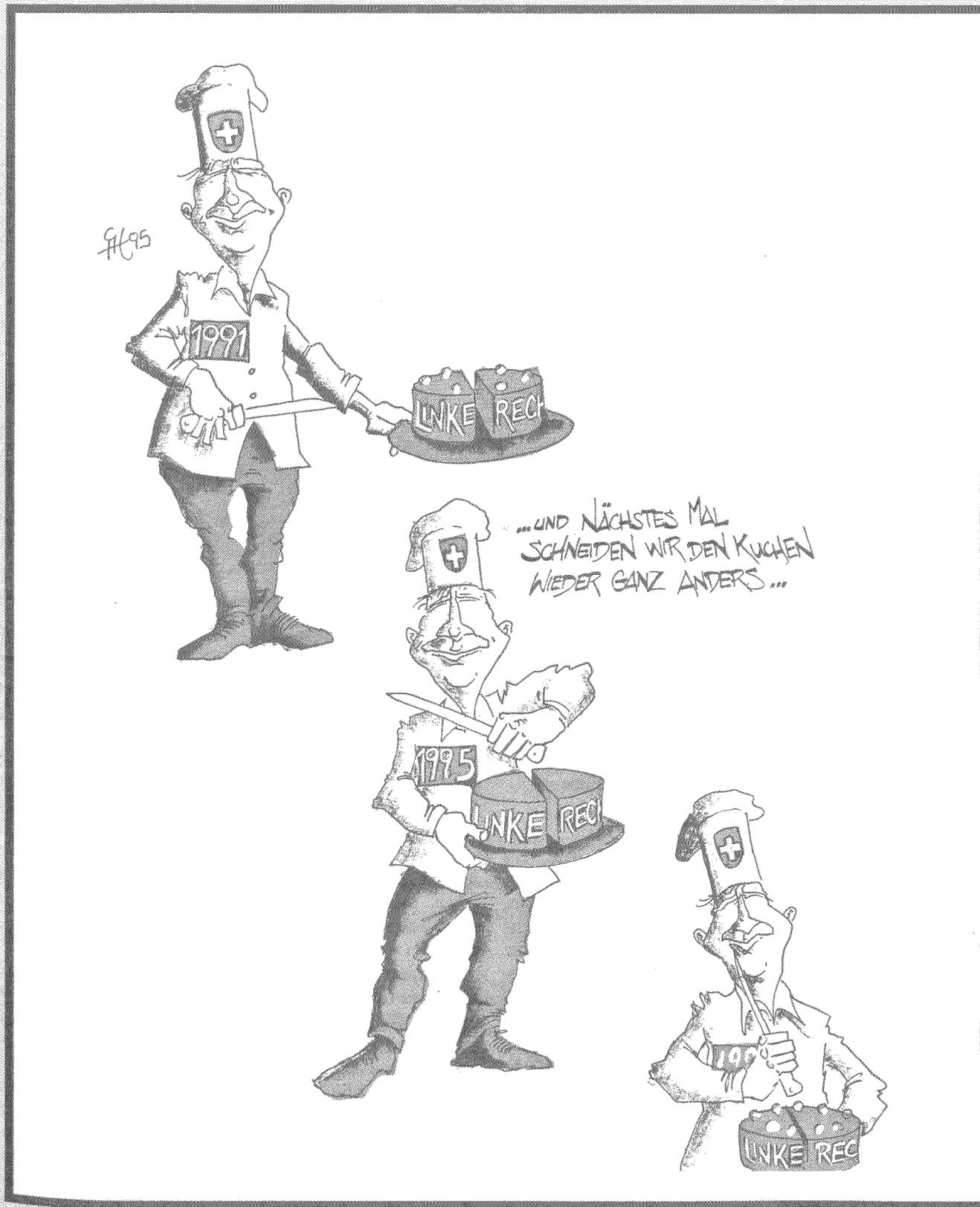
Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem und der Agenda aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahr gibt.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



Karikatur Andreas Töns

Sich der Wurzeln bewusst werden

1998 nur der Schaffung des Bundesstaates und nicht auch der Errungenschaften der Helvetik zu gedenken wäre wie das Lob auf einen prächtig erblühenden Baum, ohne dass man sich seiner Wurzeln bewusst würde. Zu diesen Wurzeln zählt ganz gewiss die in

Jahrhunderten gewachsene Fähigkeit der Schweizer zu kommunaler Selbstverwaltung, zu eigenständiger Gestaltung der Gemeinwesen, das also, was als föderalistischer Bestand auch ins grosse Kompromisswerk der 48er Verfassung Eingang fand.

Ständerat
Rolf Büttiker (SO)

Aber 1848 hätte dieser «Baum Eidgenossenschaft» aus dem alten Wurzel- und Astwerk niemals zur Blüte gelangen können, wenn er zuvor nicht gehörig beschnitten worden wäre. Mit ebenso unbarmherziger wie kurzsichtiger Sturheit hielt die regierende Klasse, die Aristokratie, an ihren Privilegien fest, ging mit barbarischer Härte gegen aufmüpfige Vertreter neuer politischer Gedanken vor.

Die Berner Patrizier richteten den Verschwörer Samuel Henzi mit dem Schwert. Aber zu Recht sagte Henzi, als der Henker das Schwert unsicher führte: «Alles ist korrupt in dieser Stadt, bis auf den Henker.» Als Korruption mussten es die erneuerungswilligen Geister empfinden, wenn das Patriziat vom Geld aus den Soldverträgen mit dem Ausland fürstlich lebte, das Volk aber in unwürdiger politischer und wirtschaftlicher Unfreiheit hielt und die Verteidigungsbereitschaft angesichts der militärischen Bedrohung von Frankreich her sträflich vernachlässigte.

Das Grotteske dieser aristokratischen Endzeit erhellte besonders deutlich auch der Prozess, den die beiden bedeutenden Zürcher Geister, der Theologe und Dichter Lavater und der Dichter und Maler Füssli, gegen den korrupten Landvogt Grebel erzwangen: Der Grebel-Clan konnte zwar dessen Verurteilung nicht verhindern, aber Lavater und Füssli mussten letztlich für ihre Vorgehen öffentliche Abbitte leisten. Lavaters Freund Goethe meinte in diesen Jahren: «Die vielgerühmte Freiheit der Eidgenossen gleicht einem alten Märchen, das man in Spiritus



Ständerat Rolf Büttiker, hier an der FDP-Hundertjahrfeier in Olten, plädiert dafür, sowohl 1798 wie 1848 zu feiern. (Photo imagopress)

aufbewahrt.» Goethe war doch wahrhaftig kein Revolutionär!

Erneuerung

Diese Eidgenossenschaft, ein Konglomerat von souveränen Staaten, zugewandten Orten, Schutzorten und Untertanengebieten, hatte nicht mehr die mindeste Kraft zur Selbsterneuerung, döste in veralteter Kleinstaaterei dahin und verschloss die Augen vor dem Neuen, das Frankreich mit brutaler Macht revolutionierte, in den USA aber bereits das eigentlich fruchtbare Vorbild für die Schweiz der Zukunft hatte entstehen lassen, freilich ebenfalls auf der Grundlage der Freiheit und Gleichheit der Menschen.

1998 wird nun gewiss der Leiden und der Demütigungen zu gedenken sein, der blutigen Tage in Nidwalden und anderen Orten und all des Übelen, das die französische Invasion und die Beset-

zung des Landes gebracht hatten. Dieses Gedenken muss geschichtliche Mahnung und Warnung für uns Heutige bedeuten, unseren Bundesstaat immer wieder sowohl an seinen unerlässlichen politischen Konstanten wie an seiner Erneuerungsfähigkeit zu messen.

Aber nicht weniger ist in Erinnerung zu rufen und zu bedenken, was die Helvetik dem Volk der ganzen Schweiz gebracht hat: die Gleichheit der Bürger vor allen anderen, die Abschaffung der Privilegien der Regierenden, die Grundlegung der Rechtsvereinheitlichung, Wirtschaftsfreiheit, einen wahren Frühling für Wissenschaft und Kultur, vor allem auch den Zugang zum europäischen Kulturgut, Pressefreiheit, wirksame Anstrengungen zur Förderung der Volkswohlfahrt. Durch die Jahre der Mediation und selbst im Rückschlag der Restauration zwischen

1815 und 1830 blieben diese Errungenschaften im wesentlichen bestehen, schlugen vor allem in den lebendigen Kleinstädten und Flecken kräftige Wurzeln und bereiteten so den Boden für den Bundesstaat von 1848 vor.

Unleugbare Marksteine

In der Tat, wir haben allen Grund, 1798 so gut wie 1848 als besondere Gedenkjahre zu begehen. Beide sind unleugbar Marksteine auf dem Weg zum freiheitlich-demokratischen Staatswesen und sollen uns daran erinnern, dass dieses Staatswesen nie fertig ausgebaut, sondern immer wieder reformbedürftig sein wird. Es geht nicht um Sieger und Verlierer, sondern um die Aufarbeitung von fünfzig Jahren Geschichte, die für unser Land entscheidend wurden. ■